

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - VW/032(VI)/18			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 19.10.2018	Hasselbachsaal	15:00Uhr	16:10Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper  
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 10. 08. 2018 - öffentlicher Teil
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Anträge
  - 5.1 WLAN für Bürger\*innen bei Veranstaltungen im Alten Rathaus  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen A0059/18
    - 5.1.1 WLAN für Bürger\*innen bei Veranstaltungen im Alten Rathaus  
BE: Oberbürgermeister S0200/18
- 6 Beschlussvorlagen
  - 6.1 Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Magdeburg  
BE: Bürgermeister DS0407/18

- |     |  |           |
|-----|--|-----------|
| 6.2 | Haushaltsplan 2019 (Stellenplan)<br>BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung   | DS0424/18 |
| 6.3 | Berufung des Wahlleiters und seines Stellvertreters für die<br>Kommunalwahl 2019<br>BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung | DS0386/18 |
| 7   | Verschiedenes  |           |

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Dr. Lutz Trümper

**Mitglieder des Gremiums**

Hans-Jörg Schuster

Wigbert Schwenke

Reinhard Stern

Manuel Rupsch

i.V.f. SR Frank Schuster

Dr. Falko Grube

Jens Rösler

Christian Hausmann

i.V.f. SR Hitzeroth

Oliver Müller

Jenny Schulz

Olaf Meister

Roland Zander

Frank Theile

i.V.f. SR Boeck

**Geschäftsführung**

Andrea Behne

**Verwaltung**

Mike Eve

Abwesend:

**Mitglieder des Gremiums**

Frank Schuster

Jens Hitzeroth

Hugo Boeck

---

## Öffentliche Sitzung

---

### 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### 2. Bestätigung der Tagesordnung

---

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

### 3. Genehmigung der Niederschrift vom 10. 08. 2018 - öffentlicher Teil

---

Die Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 10. 08. 2018 – öffentlicher Teil – wird von den Mitgliedern des Ausschusses bei 2 Enthaltungen bestätigt.

### 4. Einwohnerfragestunde

---

Zu diesem Tagesordnungspunkt waren keine Bürger anwesend.

### 5. Anträge

---

#### 5.1. WLAN für Bürger\*innen bei Veranstaltungen im Alten Rathaus Vorlage: A0059/18

---

In seinen erläuternden Ausführungen nimmt Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Bezug auf die Stellungnahme der Verwaltung und zeigt sich erstaunt, dass die Einrichtung eines frei zugänglichen WLAN schwierig zu sein scheint. Er vertritt die Auffassung, dass WLAN in der heutigen Zeit dazugehört. Über die genaue Umsetzung könne noch gesprochen werden. Er legt seine persönliche Auffassung dar, dass die Einrichtung nicht schwierig sei.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, macht darauf aufmerksam, dass es hierbei auch um Sicherheitsfragen geht und sich das Rathaus als besonderer Fall darstellt. Er gibt den Hinweis auf den bereits bestehenden Netzzugang. Auf seine Frage, ob mit der beantragten Einrichtung eines frei zugänglichen Netzes die freie Nutzung ohne Kennwort gemeint sei, bestätigt Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass dies die bevorzugte Lösung wäre.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist auf die mit der Einrichtung verbundenen Kosten und stellt klar, dass die Bereitstellung eines frei zugänglichen WLAN-Netzes nicht Aufgabe der Stadt sei.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0059/18 in seiner Sitzung am 01. 11. 2018 zu beschließen.

5.1.1. WLAN für Bürger\*innen bei Veranstaltungen im Alten Rathaus  
Vorlage: S0200/18

---

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6. Beschlussvorlagen

---

6.1. Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse  
Magdeburg  
Vorlage: DS0407/18

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Zimmermann teil.

Zur Drucksache besteht kein Diskussionsbedarf.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 9 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme und 2 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0407/18 in seiner Sitzung am 01. 11. 2018 zu beschließen.

Hinweis: Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, trifft zur Sitzung ein.

6.2. Haushaltsplan 2019 (Stellenplan)  
Vorlage: DS0424/18

---

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz und die Leiterin des Fachbereiches 01 Frau Mittendorf teil.

Den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses liegen ergänzende Unterlagen zum Stellenplan (Organigramm, Veränderungsliste (Vergleich 2018 zum Entwurf 2019), Zusammenstellung der Stellenanzahl im doppischen Haushalt) vor.

Anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage zur Niederschrift) macht der Beigeordnete Herr Platz erläuternde Ausführungen zum Stellenplan.

Eingehend auf die **Personalstellenentwicklung seit 2002** führt der Beigeordnete Herr Platz aus, dass mit vorliegendem Stellenplan die Stellenentwicklung zugenommen hat und sich zusätzlich insgesamt 57 Stellen auf die Dezernate verteilen. Insbesondere merkt er an, dass ein großer Teil davon (26,5 Stellen) auf das Dezernat I entfallen. Dies betrifft im Wesentlichen den Fachbereich 32 mit 19 Stellen. Auch für die Ausländerbehörde ist ein Stellenzuwachs zu verzeichnen. Dieser begründet sich in den anwachsenden Aufgaben z.B. durch die Regelungen des Ausländergesetzes.

Die zusätzlichen 16,8 Stellen im Dezernat IV stehen im Zusammenhang mit der Schulentwicklungsplanung sowie der Kulturhauptstadtbewerbung. Weitere 14 Stellen sind dem Dezernat VI, u.a. für den Bereich Stadtplanung sowie dem Amt 66 für Großprojekte, zugeordnet. Im Weiteren führt Herr Platz aus, dass diesen zusätzlichen Stellen Abgänge von 33 Stellen gegenüber stehen und somit netto 41,79 Stellen neu im Stellenplan 2019 zu verzeichnen sind.

Hinweis: Stadtrat Hans-Jörg Schuster, Fraktion CDU/FDP/BfM, trifft zur Sitzung ein.

Im Rahmen der Ausführungen des Beigeordneten Herrn Platz zum **Aktuellen Stand der flüchtlingsindizierten Stellen und deren Entwicklung** nimmt Stadtrat Stern Bezug auf die Aufgabenübertragung des Landes und hinterfragt die Position der Stadt hinsichtlich der Aussage, dass seitens des Landes die Finanzierung der Stellen erfolgt.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert über ein an das Land gerichtete Schreiben bzgl. der Finanzierung der Dauerstellen durch das Land. Hierzu erfolgte die Antwort, dass über das FAG alles ausfinanziert sei.

Zur Thematik der **Personalkostenentwicklung seit 2003** verweist Herr Platz auf den Beschluss des Stadtrates, dass die im Jahr 2003 erforderlichen Personalkosten in Höhe von 174 Mio Euro künftig nicht überschritten werden sollen. Durch Konsolidierungsmaßnahmen konnten diese Kosten in den vergangenen Jahren reduziert werden. Nunmehr sei jedoch wieder ein Zuwachs zu verzeichnen, der sich z.B. durch Tarifaufwüchse begründet.

Eingehend auf die **Personalkostenbedarfsplanung 2019** verweist Herr Platz auf Veränderungen im Bereich der Beamten und einen damit verbundenen Mehrbedarf. Dieser wurde jedoch noch nicht veranschlagt, da hierfür noch keine entsprechenden Beschlüsse gefasst wurden.

Abschließend macht Herr Platz Ausführungen zum **Personalkostenvergleich und Mittelbereitstellung zur Personalkostenentwicklung**.

Hierzu merkt der Oberbürgermeister an, dass die Personalkosten ca. 22 % des Gesamthaushaltes ausmachen und die Stadt damit im guten Schnitt liegt.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, hinterfragt, ob es hierzu Vergleichswerte anderer Städte gibt.

Hinsichtlich des Personalkostenanteils am Gesamthaushalt verweist der Beigeordnete Herr Platz darauf, dass dieser zur Jahrtausendwende noch bei 40 % gelegen habe. Nach der o.g. Beschlussfassung des Stadtrates konnte dieser auf ca. 22 % reduziert werden. Durchschnittlich liegt der Anteil in vergleichbaren Städten bei 25 % und höher. Er schätzt ein, dass die Stadt Magdeburg mit ihrem Anteil ganz gut aufgestellt sei. Er macht jedoch darauf aufmerksam, dass, wenn Personal weiter eingespart werden soll, auch über eine Reduzierung der Aufgaben gesprochen werden muss.

Zum Hinweis des Stadtrates Stern, dass in den vergangenen Jahren eine Darstellung hinsichtlich Personalstellen zu offenen Stellen vorgelegt wurde, sagt Herr Platz zu, wenn dies gewünscht sei, die Darstellung im Rahmen der Klausurtagung des Ausschusses FG zum Haushalt vorzulegen.

Eingehend auf die Thematik der offenen Stellen informiert er, dass sich diese mit Stand 30. 09. 2018 auf 265 Stellen belaufen. Dies sind ca. 10 % der gesamten Personalanzahl. Davon befindet sich der weitaus überwiegende Teil in der Phase der Stellenbesetzung.

Herr Platz führt aus, dass seit 2015/16 eine hohe Fluktuation zu verzeichnen ist. So z.B. bei den flüchtlingsindizierten Stellen, da hier eine Vielzahl nur befristet ist. Vertiefende Aussagen hierzu werden durch ihn zur Klausurtagung erfolgen.

Weiterhin macht der Beigeordnete Herr Platz darauf aufmerksam, dass jetzt für erforderliche Stellenbesetzungen nur noch externe Ausschreibungen vorgenommen werden, bis sich die Anzahl der offenen Stellen reduziert hat. Er merkt an, dass sich damit die Chancen für Mitarbeiter hinsichtlich der Bewerbung auf andere Stellen verringern, dies werde sich aber in zwei bis drei Jahren wieder ändern.

Ergänzend informiert der Oberbürgermeister, dass es hierzu heftige Debatten mit dem Personalrat gibt, da dieser die Auffassung vertritt, dieses Ausschreibungsverfahren gehe zu Lasten der Mitarbeiter. Mit dem Hinweis auf die hohe Anzahl der Abarbeitung von Besetzungsverfahren bei internen Ausschreibungen stellt er klar, dass die Entscheidung für die externen Ausschreibungen von ihm so getroffen wurde.

Im Rahmen der weiteren Diskussion stellt Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, die Fragen wie sich das Niveau der Qualität Auszubildender darstellt und wo es Schwierigkeiten gibt, neues Personal zu finden.

Hinsichtlich der Schwierigkeiten der Personalfindung informiert der Beigeordnete Herr Platz, dass es bei den betreffenden Bereichen keine großen Veränderungen gegeben hat. Als schwierig in der Personalbesetzung erweisen sich der ingenieurtechnische Bereich, der medizinische Bereich und zu einem geringeren Teil der Bereich der Feuerwehr.

Eingehend auf die Fragestellung bzgl. der Auszubildenden merkt die Fachbereichsleiterin 01 Frau Mittendorf an, dass trotz rückläufiger Bewerberzahlen noch ausreichend Ausbildungsplätze besetzt werden. Auf Grund intensiver Begleitung der Auszubildenden konnten auch gute Abschlussergebnisse erzielt werden. So konnten im letzten Jahr allen Auszubildenden unbefristete Verträge angeboten werden und der Einsatz dort erfolgen, wo eine Besetzung erforderlich war.

Stadtrat Theile, Fraktion LINKS für Magdeburg/Tierschutzpartei, stellt die Frage nach dem Verhältnis des Kostenaufwuchses durch Tarifsteigerungen bei Angestellten und Beamten.

Beantwortend legt der Beigeordnete Herr Platz dar, dass sich das Verhältnis relativ gleich darstellt. Klarstellend verweist er darauf, dass es, wenn Tarifabschlüsse für Beschäftigte erfolgen, etwas später auch Erhöhungen für Beamte gibt.

Auf Nachfrage des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, hinsichtlich einer Einschätzung der Höhe des Planungsrisikos gibt der Beigeordnete Herr Platz den Hinweis, dass dieses Risiko in den letzten Jahren ausgeglichen werden konnten. Profitiert werden konnte dabei von der Anzahl der unbesetzten Stellen.

Ergänzend informiert die Fachbereichsleiterin Frau Mittendorf über die erfolgte Verständigung mit dem Oberbürgermeister, dass hinsichtlich der Planungsgenauigkeit eine Schwankung von plus/minus 3 Prozent vorliegen kann. Bei 160 Mio Euro reine Personalkosten ergibt dies eine Differenz von 15 Mio Euro. Sie bezeichnet diese Differenz als eine realistische Größe, die durch ein gutes Wirtschaften ausgeglichen werden kann.

Auf Nachfrage des Stadtrat Hans-Jörg Schuster, Fraktion CDU/FDP/BfM, ob es Verzögerungen bei den Stellenbesetzungen gibt, um Kosten auszugleichen, verneint dies der Oberbürgermeister und gibt den Hinweis, dass ein Stellenbesetzungsverfahren jedoch 6 bis 9 Monate dauert. Insbesondere merkt er an, dass sich gerade bei Stellen, die unbedingt besetzt werden müssen, wie z.B. im Baubereich, die Bewerberlage schwierig darstellt.

Der Beigeordnete Herr Platz ergänzt, dass Prioritäten gebildet wurden. So werden Stellenbesetzungen, die akut zu besetzen sind, wie z.B. bei der Feuerwehr, vorgezogen. Erst wenn diese Besetzungen abgearbeitet wurden, folgen weitere Verfahren.

Der Oberbürgermeister macht darauf aufmerksam, dass für die Abarbeitung der Besetzungsverfahren, die Mitarbeiteranzahl im Fachbereich 01 aufgestockt wurde.

Abschließend stellt der Oberbürgermeister nochmals klar, dass mit dem Stellenplan 2019 weitere 41 Stellen zusätzlich geplant wurden. Dies bedeute ca. 2 Mio Euro mehr Personalkosten.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 6 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 7 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0424/18 in seiner Sitzung am 10. 12. 2018 zu beschließen.

### 6.3. Berufung des Wahlleiters und seines Stellvertreters für die Kommunalwahl 2019 Vorlage: DS0386/18

---

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Zur Drucksache besteht kein Diskussionsbedarf.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die DS0386/18 in seiner Sitzung am 01. 11. 2018 zu beschließen.

In diesem Zusammenhang thematisiert Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Frage zur Darstellung der Neutralität der Verwaltung bezüglich der anstehenden Kommunalwahl und informiert über die Erwartung seiner Fraktion, dass sich die hauptamtliche Verwaltung aus dem Wahlkampf heraushält und eine gewisse Sensibilität zeigt.

## 7. Verschiedenes

---

### 7.1. Hasselbachplatz

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, nimmt Bezug auf ein Gespräch des Oberbürgermeisters mit Gewerbetreibenden am Hasselbachplatz und wirft die Frage nach dem Gesprächsergebnis und dessen Auswirkungen auf.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass eine entsprechende Presseerklärung erfolgte, mit der über das Gesprächsergebnis informiert wurde. Informierend legt er dar, dass insgesamt 30 Gewerbetreibende an diesem Gespräch teilgenommen und sich zur Frage der bestehenden Probleme und der Situationseinschätzung geäußert haben. Als ein wichtiger Punkt dabei wurde benannt, dass die negative Berichterstattung der Medien mit Sorge betrachtet wird. Ebenfalls wurde geschildert, dass sich die Situation zwischen 19.00 Uhr und 24.00 Uhr unproblematisch darstellt. Wenn jedoch der Terrassenbetrieb eingestellt wird, erweisen sich die Spätshops hinsichtlich des Alkoholverkaufs und –konsums als problematisch. Im Weiteren informiert der Oberbürgermeister, dass er sich an das Land Sachsen-Anhalt gewandt hat, um für eine entsprechende Gesetzesänderung zum Alkoholverbot zu werben. Dies wurde jedoch vom Land abgelehnt. Es werde jedoch ein erneuter Vorstoß hinsichtlich der Durchsetzung eines Alkoholverbotes in der Öffentlichkeit unternommen.

Mit dem Hinweis, dass als weiteres Thema eine mögliche Einrichtung der Fußgängerzone als Kneipenmeile und die Verbesserung der Aufenthaltsqualität angesprochen wurde, merkt der Oberbürgermeister an, dass Hauptanliegen der Teilnehmer die negative Presse und der Wunsch nach Erhöhung der Polizeipräsenz war. Zum weiteren Verfahren informiert er über sein Vorhaben, Landtagsabgeordnete, Gewerbetreibende und Immobilienbesitzer zu einem Gespräch einzuladen, mit der Zielstellung zu klären, wie sich deren Einschätzung der bestehenden Situation darstellt.

Stadtrat Zander, Fraktion Magdeburger Gartenpartei, berichtet, mit dem Fraktionsmitglied Stadtrat Guderjahn an drei Wochenenden abends den Hasselbachplatz besucht zu haben. Kritisch merkt er an, in dieser Zeit keine Präsenz des Ordnungsamtes festgestellt zu haben. Im Gespräch mit Gastronomen sei durch ihn ebenfalls festgestellt worden, dass auch aus deren Sicht zu wenige Ordnungskräfte im Einsatz sind.

Eingehend auf die Thematik Stadtwache führt der Beigeordnete Herr Platz aus, dass es diese noch nicht gibt, da sie eine ständige Präsenz voraussetzt und dies durch die Polizei personell nicht realisierbar sei. Im Zuge einer Arbeitsgemeinschaft werden jedoch die entsprechenden Vorbereitungen erfolgen.

Eingehend auf die kritischen Äußerungen zum Einsatz des Ordnungsamtes macht Herr Platz darauf aufmerksam, dass zu dessen Verstärkung insgesamt 15 zusätzliche Stellen genehmigt und davon bereits sieben Stellen besetzt wurden. Diese zusätzlichen Kräfte sind im Sommer schon aktiv gewesen und haben eine gute Arbeit geleistet. Insbesondere verweist er darauf, dass es dort, wo es machbar ist, Ordnungsamtskräfte gemeinsam mit der Polizei Streife laufen und die Dienstzeit am Wochenende bis 02.00 Uhr verlängert wurde.

Ihm sei keine weitere Stadt bekannt, die über einen solchen Nachtdienst verfügt.

Hinsichtlich der Befugnisse der Ordnungsamtskräfte macht er darauf aufmerksam, dass diese nicht für Straftatenverfolgung zuständig sind. Dies sei auch eine Frage der Sicherheit. So sei er nicht in der Lage, seine Mitarbeiter anständig zu schützen, da diese nicht entsprechend ausgerüstet werden dürfen.

Der Oberbürgermeister merkt ergänzend an, dass die Einrichtung einer Stadtwache eine Alternative sei, diese aber erst 2020/21 wirksam wird. Die Erweiterung der Dienstzeit erfolgte auf Grund der Forderung der Gastronomen, dass auch nach 01.00 Uhr eine Präsenz von Sicherheitskräften gezeigt wird. Er bringt zum Ausdruck, dass damit zur Verbesserung der Situation am Hasselbachplatz beigetragen wurde.

## 7.2. Neue Neustadt

Stadtrat Zander, Fraktion Magdeburger Gartenpartei, wirft die Frage auf, ob der für dieses Gebiet verantwortliche Beamte bereits abgezogen wurde bzw. abgezogen wird und informiert über das Gerücht, dass hier keine Zuständigkeit mehr bestehen soll.

Hierzu führt der Oberbürgermeister aus, dass am 30. 10. 2018 eine Einwohnerversammlung stattfinden wird, in deren Rahmen eine Erklärung zum Sachstand und zu den Hintergründen der Entwicklung in diesem Gebiet gegeben wird. Ebenfalls wird darüber informiert, wie die Stadtverwaltung damit umgehen wird.



### 7.3. Wickelraum im Rathaus

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future, nimmt Bezug auf die Stellungnahme S0148/18 des EB KGM zu seiner Anfrage F0102/18 – Wickelraum / Raum für stillende Mütter im Rathaus – und hinterfragt, ob jetzt die in der Stellungnahme aufgeführten Maßnahmen umgesetzt werden.

Beantwortend informiert der Oberbürgermeister, dass mit der Eröffnung des Familieninformationsbüros der LH MD am Standort Krügerbrücke auch ein Wickelraum öffentlich zur Verfügung steht und die Verwaltung empfiehlt, diesen zu nutzen. Eine entsprechende Ausschilderung müsste noch vorgenommen werden.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Dr. Lutz Trümper  
Vorsitzender

Andrea Behne  
Schriftführerin